

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Monatsabreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versandgebühren werden nicht aufgenommen.

Hüben und drüben.

In England ist es anders doch wie hier. Beim Unternehmer. Dort verhandelt man auch über „Mindestlohn“. — Hier aber hockt man immer noch auf dem „Herr im Haus“. Trotzdem wir schreiben: Neunzehnhundertfünf. — Ja, hohe Zeit ist es, daß dieser Rest Seudalen Dinkelwahns auch hier zerstiebt; Wie er in England längst zerstoben ist. — Drum rüstet euch, ihr Knappen, allesamt! Und ihr, die ihr noch nicht in dem Verband, Geschwind hinein, euch selbst zu Nutz und Schutz! Denn Stürme dräuen und die See geht hohl — Ja, Stürme dräuen und die See geht hohl — Und nur das „Flaggenschiff“ gibt euch Gewähr! Zu Schutz und Trutz — drum alle Mann an Bord!

B. R.

Wir fordern Lohn-erhöhung!

Lohnerhöhungen sind möglich!

Das beweisen nun auch die von der „Rhein.-Westf. Zeitung“ zusammengestellten Geschäftsergebnisse der großen Bergwerks- und Hütten-geellschaften (gemischte Werke). Nach dieser Zusammensetzung ergaben

	Rohüberschüsse		Dividenden	
	in Millionen Mark	in % des Kapitals	1910/11	1910/09
Phönix (Hörde-Ruhrort)	83,57	30,14	15	15
Gutehoffnungshütte	12,87	12,18	20	20
Bochumer Verein	6,24	5,42	12½	12
Höchst-Dortmund	9,10	8,01	20	18
Wuppertal-Stahlwerke	6,88	5,05	8	7
Ver. Königs- und Laurahütte	6,77	5,95	4	4
Kombader Hütte	11,04	8,43	9	8
Deutsch-Lugemb. Bergw.-Gef.	18,40	16,48	11	11
Aue- und Friede (Dortmungen)	9,10	7,83	12	10
Gelsenkirchener Bergw.-Gef.	28,78	24,14	10	9
Friedenshütte (Oberschlesien)	4,87	4,28	2½	1½
Ilseber Hütte	6,77	5,73	83,8	83,8

Das Geschäftsjahr der drei letztgenannten Werke fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.

In einer allgemeinen Zusammenfassung der Finanzwirtschaft von 14 unserer größten Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaften stellt sich ihr Abschluß wie folgt (in Mill. Mark):

	1909/10	1910/11
Berbands-Kapital	1142,5	1175,1
davon Rücklagen	182,8	199,6
Rohgewinne	137,8	164,9
Abreibungen	62,1	72,8
Durchschnittsdividende	10,09%	10,2%

Selbst die „Rhein.-Westf. Ztg.“ nennt diese Steigerung des Rohgewinns „außerordentlich“ und erklärt, die Werke hätten mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Syndikatsneubildungen ihre Abreibungen und Rücklagen stark erhöht, sonst würden sie eine höhere Dividende gezahlt haben. Die Rücklagen (Reservefonds) sind frühere Überschüsse.

Wer angesichts dieser außerordentlichen Gewinnsteigerung behauptet, die Werkbesitzer könnten keine Lohnerhöhungen bewilligen, den wird jeder vernünftige Mensch auslachen. Die Werkbesitzer aber lachen die Arbeiter aus, wenn diese sich durch allerhand Kinkerlitschen und durch Energieleistung davon abhalten lassen, ihre Lohnforderungen mit Nachdruck zu erheben. Nachdruck kann nur ein starker Bergarbeiterverband den Arbeitforderungen geben.

Darum Mann der Bergarbeit, aufgewacht! Die größte Lebensmittelsteuerung wird erst noch eintreten, was auch landwirtschaftliche Sachverständige bestätigen. Kameraden, stärkt unsere Reihen, holt die Unorganisierten zum Verband! Laßt nicht nach mit der Aufrüttelung der noch Gleichgültigen.

Nochmals die Kurswerte.

Kürzlich haben wir (Nr. 46 der „Bergarb.-Ztg.“) dargelegt, welchen Wert die an den Börsen „notierten“ Kurswerte der Aktien oder Käufe für die Beurteilung der finanziellen Lage der betriebsfähigen Werke haben, nämlich gar keinen. Nun finden wir in Nr. 615 des „Berliner Tageblatts“ eine Notiz über „Zwischen gewinne“, die ein großes Schlaglicht wirft auf die Mittel, mit denen man die Preise der Aktien oder Käufen hinaufstreben kann. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt nämlich:

„Bereits kürzlich haben wir auf die hohen Zwischen gewinne hingewiesen, die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Concordia chemischen Fabrik zu Geopoldshall, bei dem Berlau, von je 751 Käufen der Kaliwerke in Anhalt und überstadt sowie 1004000 sproz. Schuldtverschreibungen der Gewerkschaften Anhalt erzielt haben.“

Die Zulassungsstelle der Berliner Börse sprach die Unterzeile des Prospektes zu der lapidaren Feststellung, daß die von dem Verwaltungskonsortium zum Preise von 600 Mk. pro Stück erworbene Käufe von Anhalt und überstadt zum Preise von 1000 bzw. 1500

Glück Auf!

Mark pro Stück an die Concordia weiterverkauft worden seien. Da je 751 Käufe beider Gewerkschaften verkauft worden sind, hat das Verwaltungskonsortium an der Transaktion mit seiner eigenen Gesellschaft also glatt 825 000 Mk. verdient.“

Man merke wohl auf: Ein Verwaltungskonsortium kauf 1802 Käufen zu je 600 Mk. auf und verkauft sie zum Käufe der Zwischenhändler für je 1000 bzw. 1500 Mark pro Stück. Glatter Gewinn 825 000 Mark! Nun stehen aber die Käufe, die vorne für 600 Mk. eingekauft wurden, auf 1000 und 1500 Mark. Gesetz der Fall, pro Käuf 120 Mk. Ausbeute ergibt, dann wären das 20 Prozent Binsen auf den Käuf, solange er mit 600 Mk. bezahlt war. Nachdem aber das Verwaltungskonsortium den Käuf für 1000 oder 1500 Mk. weiterverkauft hat, entspricht für die neuen Besitzer eine Ausbeute von 120 Mark einer Verzinsung ihres Anlagekapitals von 12 bzw. 9,3 Prozent! An den Werkserträgen hat sich nichts verschlechtert, nur weil die Käufverkäufer einen Zwischen Gewinn von 825 000 Mark dadurch machen, daß sie ihre Käufe um so viel teurer verkaufen, ist eine prozentuale Binsenverminderung für die neuen Besitzer eingetreten. Und um den auf diese Weise, nur zum Vorteil eines Konsortiums hinaufgetriebenen „Kurswert“ der Käufen „angemessen“ zu verzinsen, sollen die Arbeiter zur erhöhten Leistung bei besseren noch herabgesetzten Löhnen angehalten werden. Die Arbeiter sollen den neuen Käufbesitzern das wieder einbringen, was die Zwischenhändler bei ihrem Käufverkauf mißhängt profitiert haben.

Lohnverluste der Bergarbeiter.

179 305 646 Mk. Lohnverluste haben die Bergarbeiter im preußischen Bergbau vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich 3. Vierteljahr 1911, also in 8½ Jahren, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerechnet die Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Feierlichkeiten entstanden sind. Im 4. Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab gingen sie rapide zurück. Waren die Löhne auf der Höhe, die sie im 4. Vierteljahr 1907 erreicht hatten, sicher geblieben, hätten die Bergarbeiter im preußischen Bergbau in den angeführten 8½ Jahren 179 305 646 Mk. mehr verdient, die sie jetzt aber durch den Lohnrückgang verloren haben. Die Durchschnittslöhne pro Schicht und die Gesamtlohnverluste betrugen in den einzelnen Revieren (in Mark):

	je im 4. Vierteljahr	3. Vierteljahr	Gesamt-		
	1907	1908	1910	1911	Lohnverlust
Ruhrgebiet	4,90	4,78	4,48	4,61	4,72
Oberschlesien	8,55	8,52	8,49	8,45	8,61
Niederschlesien	8,39	8,81	8,26	8,80	8,80
Saargebiet	4,07	4,08	3,96	4,01	4,06
Wuppertal-Revier	4,69	4,54	4,41	4,53	4,62
Haller Braunk.-Rev.	8,70	8,58	9,57	8,65	9,75
Unterhain.	3,99	3,98	8,01	8,98	4,02
Haller Salzbergbau	3,98	3,92	3,88	4,04	4,20
Clausthaler	4,11	4,08	4,04	4,17	4,84
Mansf. Erzbergbau	3,52	3,40	3,44	3,60	3,70
Siegener	4,87	3,85	3,66	3,90	3,96
Nassauer	3,51	3,02	3,10	3,80	3,38
Reckerschein.	3,67	3,20	3,31	3,44	3,45
Summa 179 305 646					

Nur im Haller Salz- und Braunkohlenbergbau, im linksrheinischen Braunkohlenrevier, im Clausthaler Salz- und Mansfelder Erzbergbau, stehen die Durchschnittslöhne jetzt höher, wie im 4. Vierteljahr 1907, in allen anderen Revieren zum Teil noch wesentlich niedriger.

Daselbe ungünstige Bild wie die Durchschnittslöhne zeigen auch die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lehrhauer). Der Durchschnittslohn betrug in den einzelnen Revieren pro Schicht (in Mark):

	je im 4. Vierteljahr	3. Vierteljahr
1907	6,14	5,77
1908	4,10	4,02
1910	3,73	3,61
1911	4,65	4,64
	5,86	5,10
	4,88	4,15
	4,81	4,27
	4,86	4,25
	4,67	4,68
	3,73	3,58
	4,97	4,04
	8,79	3,15
	4,17	3,64

Die Durchschnittslöhne der eigentlichen Bergarbeiter haben nur im linksrheinischen Braunkohlenrevier, im Haller und Clausthaler Salz- und Mansfelder Erzbergbau die Höhe vom 4. Vierteljahr 1907 überschritten, in den übrigen Revieren stehen sie noch wesentlich dahinter zurück.

Nun wird aber niemand behaupten wollen, die Durchschnittslöhne hätten im 4. Vierteljahr 1907 zu hoch gestanden. Von 1873 bis 1907, also in rund 34 Jahren, ist der Hauerlohn im Ruhrgebiet von 5 Mk. auf 5,98 Mk. oder um 19,6 Prozent gestiegen. Das ist eine Durchschnittssteigerung pro Jahr von 0,6 Prozent. Im 3. Vierteljahr 1911 stand aber der Hauerlohn nur 58 Pf. oder 11,6 Prozent pro Schicht höher, wie im Jahre 1873. Wenn man die Lohnsteigerung von 1873 bis 1911 berechnet, ergibt sich eine Durchschnittssteigerung von 0,3 Prozent pro Jahr. Damit läßt sich doch wahnselig kein Staatsmachen. Sicher hat sich die gesamte Lebenshaltung in diesen 38 Jahren mehr als dreimal so stark verteuert. Also auch die Lohnhöhe von 1907 gibt noch bei weitem keinen Ausgleich für die Versteuerung der Lebenshaltung.

Trotzdem rechnet es uns der Bechenverband als Sünde an, daß wir die Lohnhöhe vom vierten Quartal 1907 als Grundlage zur Berechnung der inzwischen durch den Lohnrückgang erfolgten Lohnverluste nehmen. Das soll unehnlich sein! Der Bechenverband aber nimmt den Durchschnittshauerlohn der Krisenjahre 1886—1889, der 3,05 Mk. betrug und 1,95 Mk. oder 39 Prozent pro Schicht niedriger stand wie 1873, als Grundlage, um „die befrüchtliche Erhöhung des Lohnes“, deren sich der Hauer im letzten

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von H. Hanemann & Co., Bochum, Wiesenhauerstraße 38—42,
Telephon-Raum: 201, Telegramm-Adresse: Altwasser Bochum.

Menschenalter erfreuen könnte“, zahlenmäßig nachzuweisen. Diese Tatsache aber verschweigt der Bechenverband, während wir stets ausdrücklich bemerkten, daß wir den Durchschnittslohn vom vierten Vierteljahr 1907 als Grundlage zur Berechnung der Lohnverluste genommen haben. Die Unehrlichkeit liegt also nicht bei uns, sondern allein beim Bechenverband. Seine statistischen Saltomortales in der Zeitschriftenwelt sind grober Unsinn, wie berechnet, der Offenheitlichkeit Stand in die Augen zu streuen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß wir uns mit der Art, wie Richard Calwer in seiner „Arbeitsmarktkorrespondenz“ und „Konjunktur“ schon wiederholt über die Verhältnisse in der Montanindustrie berichtet hat, nicht freuen können. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ hat seine Rentabilitätsberechnung der Gutehoffnungshütte in Oberhausen seinerzeit stark bemängelt und ihn belehrt, daß der Gewinn nicht allein in der zur Auszahlung gelangten Dividende zum Ausdruck kommt.

In der „Konjunktur“, Heft 19, wird die Statistik über die Bergarbeiterlöhne im preußischen Bergbau behandelt. Es wird ausgeführt, daß der Schichtverdienst im ersten Vierteljahr 1911 4,17 Mk. pro Mann und Schicht betrug, gegen 4,06 Mk. im ersten Vierteljahr 1910. Von einem Arbeiter wurden im ersten Vierteljahr 1911 durchschnittlich 75,1 Schichten verfahren, gegen 71,0 im ersten Vierteljahr 1910. Infolgedessen verdiente ein Arbeiter im ersten Vierteljahr 1911: 318 Mk. gegen 289 Mk. im ersten Vierteljahr 1910. Die Zahl der Belegschaft ist in derselben Zeit gestiegen von 674 685 auf 675 741 Personen. An diese Zahlen nun knüpft Calwer in der „Konjunkt

meistertlich verstanden haben, die Folgen der Krise auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamtheit abzutun. In den Löhnen der Bergarbeiter hielten sich schadlos. So stieg z. B. im Ruhrbergbau der Wert der Produktion pro Arbeiter und Schicht von 7,84 Pf. im Jahre 1907 auf 8,00 Pf. im Jahre 1910 oder um 25 Pf.; der Durchschnittslohn sank aber in dieser Zeit von 4,87 Pf. auf 4,54 Pf. oder um 88 Pf. pro Schicht. Diese Ziffern sind berechnet nach den Angaben im Jahresbericht des Bergbauleinen Vereins; das ist doch gewiß eine durchaus unverdächtige Quelle. Kann man es den Bergarbeitern verargen, wenn sie eine solche Missbedeutung nicht länger ruhig hinnehmen wollen?

Glotter Absatz!

Die Absatzverhältnisse im Ruhrgebiet sind gut, das bestätigt uns die "Alteintisch-Westfälische Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 2. Dezember 1911. Das Blatt führt da u. a. aus:

"Der Absatz hat sich bei den Bedien sehr günstig entwidelt und können die angeforderten Mengen teilweise nicht sofort geliefert werden mit Rücksicht auf den immer noch nicht ganz beseitigten Wagenmangel. In den Städten sind im abgelaufenen Monat ca. 85 Proz. und in Hofs ca. 75 Proz. der Befestigungen zum Verstand gebracht worden. Bei den hohen Befestigungen im Ruhrgebiet, die ebenfalls auch bei den günstigsten Absatzverhältnissen nicht voll erreicht werden können, ist ohne weiteres anzunehmen, daß im Durchschnitt die Förderung glatten Absatz gefunden hat und keine Mengen mehr auf Lager gewandert sind."

Besonders interessant ist in dieser Ausschaltung das Eingeständnis, daß die Befestigungen im Ruhrgebiet so hoch bemessen sind, daß auch bei den günstigsten Absatzverhältnissen nicht voll erreicht werden können. Um so leichter kann man dann die Offenheit über die Lage im Bergbau mit dem Hinweis täuschen, so und so viel Prozent der Befestigung werden vom Syndikat nur abgenommen. Und alle Welt glaubt, die Absatzverhältnisse seien schlecht, denn niemand denkt daran, daß die Befestigungsstufen zu hoch angegeben sind und auch bei den günstigsten Absatzverhältnissen nicht voll erreicht werden können.

Über die Lage auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt lesen wir in der Handelspresse:

"Die Lage des Kohlenmarktes hat im Oktober und November eine überraschende schnelle Besserung erfahren. Wenn auch die vielfach sehr bringende Nachfrage nach Brennstoffen, deren sofortige Befriedigung immer noch durch Wagenmangel behindert wird, zu einem nicht geringen Teil darauf zurückzuführen sein wird, daß die Verbraucher eben mit Rücksicht auf den Wagenmangel stärker abreisen als sonst, so ist doch nicht zu verkennen, daß offenbar jetzt der Kohlenbergbau endlich in besseren wirtschaftlichen Weise von der starken Beschäftigung in der Eisenindustrie profitiert. Den besten Grasmesser hierfür bildet die Entwicklung des Koksabsatzes, und dieser hat, nachdem er schon im Oktober eine leichte Steigerung gegen den Vormonat aufzuweisen hatte, im November deutlich zugenommen, da das Kohlenprodukt in der Lage war, seinen Mitgliedern fast 80 Prozent der Befestigung in Hofs abzunehmen gegen nur 70,68 Prozent im Oktober. Der Kohlenabsatz, der nicht so stark wie der Koksabsatz zurückgegangen war, ist nicht so sehr gestiegen, da die vom Syndikat abzunehmende Menge von 87½ Prozent der Befestigung ganz erreicht wird. Dafür dürfte die bestehende Förder einschränkung von 12½ Prozent auch für den laufenden Monat für Kohlen beibehalten werden, während zweifellos mit einer beträchtlichen Erwägung der bestehenden 40prozentigen Produktions einschränkung in Hofs gerechnet werden kann. Der Wagenmangel läuft jetzt nach; den Ruhzeichen wurden in der letzten Zeit ganz ungewöhnlich große Mengen leerer Wagen gesetzt."

Man kann also die Lohnforderung der Bergleute nicht mit Hinweis auf eine schlechte Geschäftslage ablehnen. Der Absatz ist flott!

Kameraden, nutzt diese günstige Zeit, gewinnt die Unorganisierten für unseren Verband. Nur wer die Macht hat, erhält sein Recht.

Eine Beamtenfrau über die Teuerung.

Der "Oberschlesische Kurier", ein Zentrumsorgan, bringt in seiner Nr. 277 vom 2. Dezember 1911 einzelne Stellen aus dem Schreiben einer Beamtenfrau über die Teuerungsverhältnisse, worin es heißt:

"Mit großem Interesse habe ich im "Kurier" die Artikel über die zunehmende Teuerung und die Stellungnahme einzelner Gemeindesämterschaften zu derselben gelesen. Man kann freilich von einem Bürgermeister oder Gemeindevorsteher nicht verlangen, daß

er militärische Beamtenfamilien besucht und ihre hart bedrängte Lage preist, aber unbegreiflich erscheint mir doch die Behauptung: es liege kein Grund vor gegen die Teuerung von Gemeindewegen Front zu machen, da eine solche auch schon früher bestanden habe. Nun, es hat den Anschein, als ob man den Frauen das gesunde Verständnis zur Führung des Haushalts absparen wollte. Das wäre nicht gerade klug, denn eine Wirtschaft mit wenig Geld zu führen, ist allerdings eine gräßere Kunst, als mit viel Geld. Ich würde das Gehalt meines Mannes in Höhe von 140 Mark monatlich gern mit einem solchen von 800 bis 900 oder sogar 1000 Mark verlaufen, und wäre ich freilich in stande, vorsätzlich zu wirtschaften und zu sparen. Nun möchte ich gern das nachstehende Rätsel von einem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister gelöst wissen:

Das Gesamtinkommen meines Mannes beträgt schon seit drei Jahren monatlich 140 Mark. Wir sind 7 Personen zu Tisch. Heute man hier nur 16 Pf. monatlich pro Kopf für die Ernährung, das sind $7 \times 16 = 112$ Mark. Vor drei Jahren zahlte ich 18 Mark Wohnungsmiete, jetzt für dieselbe Wohnung 24 Mark. Früher zahlte mein Mann monatlich 1,08 Mark Steuern, jetzt 3,82 Mark. Eben allein diese Ausgaben machen die Summe von 182 Mark aus. Es bleiben somit 8 Mark für die Bekleidung, Schulsachen für drei Kinder, Waschgeleb, Ausgegeb, sowie zur Anschaffung des zum Haushalt erforderlichen Artikels übrig. Ist das einfach möglich? Daraus ergibt sich, daß selbst die sparsamste und tüchtigste Hausfrau nicht in der Lage ist, mit dem Gelde auszukommen. Ober weiß jemand ein Beispiel zu einem billigeren Lebensunterhalt? Ich meine, 16 Mark pro Kopf und Monat sind nicht zu hoch geprägt. Nur kommt noch etwas hinzu: Im vergangenen Jahre kaufte ich 15 Rentner Kartoffeln für 81,60 Mark, in diesem Jahre ebenso viel für 51 Mark, das sind 20 Mark mehr. Kraut kaufte ich früher 2 Rentner für 0,80 Mark, jetzt für 11,00 Mark. Das sind gewiß Beträge, die sich summieren lassen. Butter kostete 1,25 bis 1,50 Mark, jetzt 1,50 bis 1,80 Mark. Und da wird immer noch gesagt, die Teuerung nahm nicht zu? Wie mag da einer Arbeitervrouw, deren Ehemann 75 bis 100 Mark verdient, zumute sein? Was ist nun die Folge der bei den Behörden über die Teuerung herrschenden irrtigen Meinung? Die Geschäftsfrauen wollen bestehen und verkaufen Waren. Wir Frauen brauchen die Waren, müssen sie kaufen, aber in den meisten Fällen auf "Vorrat", weil es uns an dem nötigen Gelde fehlt. Und wenn da infolge des Vorratwesens so manche Existenz ruinirt wird, so darf es nicht wundern. Ich glaube in diesem Falle nicht nur im Sinne der mittleren Beamten, sondern auch der Arbeitervrouwen gesprochen zu haben."

Hierzu bemerkt der "Oberschlesische Kurier":

"Die Beamtenfrau hat Recht. Wir glauben aber nicht fehl zu gehen, wenn wir die allzu hohe Dividendschleuderer in manchen großindustriellen Betrieben als den Grund der nicht ausreichenden Löhne und Gehälter bezeichnen."

Das fromme Zentrumsblatt vergibt anzugeben, daß die Dividendschleuderer, welche nicht ausreichende Löhne und Gehälter zahlen, gute Christen und zum Teil Zentrumsanhänger sind. Wir nennen nur Graf Schaffgotsch, Graf Donnersmarck, Graf Ballestrem, Graf Thiele-Windler, Fürst v. Donnersmarck, Fürst v. Pleß, Herzog v. Ratibor, Fürst Hohenlohe usw. Warum sagt das fromme Blatt diesen Leuten nicht, daß ihr Verhalten mit den Lehren des Christentums recht wenig übereinstimmt? Heißt es doch in der Bibel: "Wer aber Nöte hat, gebe demjenigen einen mit, der keinen hat"; "Ihr sollt nicht Schäfe sammeln, die die Motten und den Rost verzehren"; "es ist eher möglich, daß ein Kamel durch ein Madelohr geht, als daß ein Reicher in den Himmel kommt". Gilt das etwa für die oberschlesischen Grafen und Fürsten nicht?

Das Blatt müßte ferner auch noch mitteilen, daß an der Teuerung das Zentrum schuld ist, das geholfen hat, die Armen zugunsten der Reichen zu belasten und den agrarischen Zollwuchertarif unter Dach und Fach zu bringen.

Wenn es aber selbst Beamten nicht mehr möglich ist, mit 140 Mark monatlich auszukommen, was soll denn aus dem Arbeiter und seiner Familie werden, deren Einkommen noch viel niedriger ist?

Bolzwirtschaftliche Mundschau.

Landarbeiterelend und „notleidende“ Landwirtschaft.

Durch die Agrarzölle soll es der „notleidenden“ Landwirtschaft auch ermöglicht werden, bessere Löhne zu zahlen; dadurch soll der Zustrom der Landarbeiter nach der Industrie aufgehalten werden, was den Industriearbeitern zugute kommen soll. Mit solchen und ähnlichen

Fürsten suchen die „Trierer“ des Zentrums, die Herren Ciesbert und Genossen, den christlichen Arbeitern die agrarischen Wucherzölle schmähschaft zu machen.

Die Unter- und Zwangerosse zahlen aber nicht mehr, wie vor die unbedingt müssen und die Landarbeiterlöhne sind nach wie vor die denkbare traumtigsten.

In etwa 120 Kreisen der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Polen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, in vier Kreisbezirken in Sachsen, sowie in Teilen des Amtsgerichtsbezirks Calbe in Sachsen-Anhalt, beträgt der ortsbürokratische Tagelohn der land- und forstwirtschaftlichen erwachsenen männlichen Arbeiter unter Einschluß aller Naturalbeläge, Depuratu usw. 1,50 Pf. (in neun Kreisen streut nur 1,40 Pf. in zwölf 1,80 Pf., in einem 1,25 Pf. und in dreien gar nur 1,20 Pf.). Nur erwachsene Arbeiterrinnen beträgt der ortsbürokratische Tagelohn in etwa 125 Kreisen der vorgenannten preußischen Provinzen, wozu noch die Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Königreich Sachsen, Braunschweig und Anhalt mit mehreren Kreisen und Amtsbezirken kommen, 1 Pf. Mart. Zwischen 65 und 90 Pf. bewegt sich der Tagelohn in weiteren 40 Kreisen. Diese Löhne werden auch ungelerten Arbeitern gezahlt.

Noch weit niedriger ist der Lohn amtlich festgesetzt, wo es sich ausschließlich um land- und forstwirtschaftliche Arbeiter handelt. Zu fast sämtlichen Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg sowie in 15 weiteren Kreisen in Ost- und Westpreußen, Brandenburg, in den Regierungsbezirken Osnabrück und Erfurt beträgt für diese Arbeiter der ortsbürokratische festgesetzte Jahresverdienst weniger als 400 Pf. im Kreis Rosenberg nur 300 Pf.

für land- und forstwirtschaftliche Arbeiterrinnen beträgt der ortsbürokratische Jahresverdienst in etwa 100 Kreisen weniger als 800 Pf. darüber in etwa 7 Kreisen nur 240 Pf., in 5 Kreisen 225 Pf., in zweien nur 220 Pf., im Kreis Strasburg in Westpreußen nur 210 Pf., in der Stadt Leba in Pommern und in Bärwalde nur 200 Pf., in Löbau in Westpreußen gar nur 180 Pf.

Der Anfang dieses Jahres amtlich festgesetzte ortsbürokratische Jahresverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter beträgt in Pf.:

	Bezirk	Erwachsene mannl. weibl.	Jugendliche mannl. weibl.
Kreis Berent (Mq.-Bez. Danzig)	860	240	90 00
Karthaus (Mq.-Bez. Danzig)	860	270	180 108
Wriezen (Mq.-Bez. Marienwerder)	880	220	180 120
Wriezen (Mq.-Bez. Marienwerder)	830	225	180 165
Hörstel (Mq.-Bez. Minden)	800	450	890 800
Kreis Passau, Niederbayern	504	450	842 824
Winkelhütte (M.-B. Mittelfranken)	480	370	800 280
Neustadt a. d. A. (M.-B. Mittelfranken)	420	370	270 240
Amtsbezirk Leuchen (Baden)	450	800	250 180
Kreis Mühlhausen (Oberfr.)	510	860	240 180
Kreis Goldlin, Lübben, Sternberg	420	270	225 225
Steinau, Stralhen, Striegau (Sgl.)	400	800	210 180
Stadtteil Berlin	1080	880	540 420
Charlottenburg	900	600	450 300
Hamburg	1020	600	450 300
München	1000	680	510 380
Düsseldorf	900	800	520 420

Diese Zahlen zeigen, welches traurige Dasein die Landarbeiter führen. Nach diesen Hammerlöhnen wird aber auch die Misserente bemessen.

Ein anderes düsteres Kapitel ist die Behandlung der ländlichen Arbeiter. Das Brügelrecht ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch formell abgeschafft. In Wirklichkeit besteht es gegenüber dem landwirtschaftlichen Gefinde lustig weiter. Die Richter erklären die meisten Brügeldienstherren für straflos, weil diese vom Gefinde "durch ungehöriges Vertragen zum Born gereizt" seien oder in "Notwehr" gehandelt hätten. Gutsbesitzer und Inspektoren wurden vom Gericht freigesprochen, die Landarbeiter niedergeschossen oder zum Tod mishandelt hatten. Der konervative Abgeordnete Dr. von Hart im preußischen Abgeordnetenhaus für ländliche Arbeiter Brügel empfohlen.

Ein bekannter Ausspruch Kaiser Wilhelms II. bestätigt den miserablen Zustand der Arbeiterwohnungen. Als er das Gut Cießken übernahm, sagte er bei der Besichtigung: da müsse noch manches besser werden, besonders meine ich die Arbeiterwohnungen; da im Osten scheint das überhaupt noch ein Nebel zu sein, der schöne Viehstall in dem Gut Cießken ist ja ein wahrer Palast den Arbeiterwohnungen gegenüber. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Schweinställe besser sind, als die Arbeiterwohnungen.

Der Großgrundbesitzer Freiherr v. Camp hat im preußischen Abgeordnetenhaus bei einer Debatte über Gefangenenschäftigung möglichst zugegeben, daß nach den Gesetzen die Gutsbesitzer, den von ihnen etwa beschäftigten Gefangen mehr Nahrung und längere Arbeitszeit gewähren müssen, als ihren eigenen Arbeitern. Als man ihm dieses

wenig beigebracht. Ohne neue Forschungen im Schutze der Geschichte läßt sich aber nur auf Grund der vorhandenen Quellen ein Bild von den Arbeitsverhältnissen früherer Zeiten entwerfen, wenn man nicht ein Phantasiuproduct idassem will. Auch Hué konnte sich nur an das gegebene Material halten, das er indes geschickt zu meistern versteht. Hué sieht mir, daß auch er die Verhältnisse im Altertum und im Mittelalter manchmal zu sehr mit den Augen des modernen Gewerkschaftsführers angesehen und beurteilt und nach modernen Begriffen und Ausführungen Zustände alter Zeiten bewertet hat. Aber solche Einzelheiten könnten schließlich für die Beurteilung des ganzen Werkes wenig in Betracht. Vom Ausgang des Mittelalters bis zur Zeit jetzt, also für die kapitalistische Produktionsweise, geben schreckliche Urkunden über die Verhältnisse im Bergbau voll Aufklärung und nur diese Zeit ist für die Geschichte der Bergarbeiter, der Lohnarbeiter, wie Hué sagt, von wesentlicher Bedeutung. Diese Geschichte hat Hué recht ausführlich und interessant dargestellt. Über sein Buch enthält auch die Geschichte der Technik und der Rechtsverhältnisse im Bergbau — es ist sicherlich das umfangendste, inhaltreichste Werk, das in jüngerer Zeit über den Bergbau erschienen ist. Und es ist nicht nur mit Sachkenntnis, sondern auch mit dem mitführenden Herzen des Kameraden und Bergknappen des Bergarbeiter geschrieben, der das harte Leben und die Leiden der Bergknappen kennt und beurteilt aus eigener, persönlicher Erfahrung, und der auch — und das ist für mich die Schönste Seite des Buches — mit Angriffen gegen die Bergherren nicht zurückhält.

Die Spuren des ersten Bergbaues reichen bis in die vorgeschichtlichen Zeiten der Steinzeit hinein. Große Bergwerke besaßen über schon die alten Ägypten, Griechen, Römer. Schon um 3760 vor unserer Zeitrechnung soll es der „notleidenden“ Landwirtschaft auch ermöglicht werden, bessere Löhne zu zahlen; dadurch soll der Zustrom der Landarbeiter nach der Industrie aufgehalten werden, was den Industriearbeitern zugute kommen soll. Mit solchen und ähnlichen

Zunächst mußte die Aufnahme der Bergwerke in die menschenseele Gegenden den Knappen vor weiß wie lange von der Außenwelt abschließen. Wenn man die noch heute ziemlich einfache Lage des primitiven Steinzeit-Knappendorfs Cisevitz in großerartiger Hochgebirgslandschaft, oder das mittlerweise sehr still gemordete Schwaz in Tirol, aber auch die Sauerland und die erzgebirgischen Bergwerke betrachtet und sich vergegenwärtigt, wie weltabgeschieden hier eben die alten Bergknappen und Schmelzer hausten, so haben wir schon eine Erklärung für die verschloßene, militärische Bergmannssiedlung. Wenn die Knappen noch obendrein Landfreunde eingewandert, hatten sie sich die Bergwerksfreiheiten erst gegen die eingeflossene Bevölkerung zu erkämpfen; dann war das ein Grund mehr für die Absonderung der Knappen von den übrigen Bewohnern der Gegend. Nicht nur absonderliche Berggebräuche, auch eine absonderliche Sprache, als Ausdruck einer eigenständigen Denkart, bildete sich im Bergvolk aus. Die Sprache der Knappen wurde ein um das ganze Bergvolk geschlossenes Einheitsband. Die Bergarbeiter hat ebenfalls einen großen Einfluss auf die geistige Verfassung der Bergleute ausgeübt. Man stelle sich einen Menschen ohne eine auch nur halbwerts klare Kenntnis der Naturvorgänge vor, besangen in dem Wahne, bösen und guten Geistern sei sein Schicksal übergeben, unwissend dem Wälzen der Elementarkräfte gegenüberstehend. Dieser Mensch muß in der dunklen Grube, vor dem nur schwach erleuchteten Ort tagelang einfam seine Arbeit verrichten. Rings um ihn her ist Nacht und Grauen. Diese Stimmung hat der westfälische Bergmannsport Heinrich Kämpchen in seinem "Die Schacht" ausgeschildert wiedergegeben:

„Allein, allein, so tief, so tief,
Nichts um mich her als Nacht und Grauen,
Kein Mensch, kein Gott, zu dem ich rief,
Wo Hobold nur und Neder hausen.
Nichts tönt zu mir, kein Kläng, kein Wort,
Kein Gruß vom Sonnenlicht dort oben,
Nur häfles Gauen in verfort,
Vermählt mit wilder, wässer Löben.
Kein mild, warmer Sonnenstrahl,
Kein Mondensicht, kein Sternengufel
Erheilt mit einem eignen Mal.
Dies ewig mitternächtig ge Dünkt.“ —

Der Knappe werde durch seinen Beruf zu ernstreligiösen Grübeleien veranlaßt, meint Hué. Bis auf den heutigen Tag sei es so. Darin liege vor allen Dingen die Ursache der vielfach beobachteten Ketze, daß bis auf den heutigen Tag solche Parteien, die sich auf eine religiös-politische Volksbeeinflussung verstehen, in der Bergarbeiterstadt immer noch namhaften Anhang finden.

Die alte Knappenschaft ist allerdings in der mirren, hin- und herwogenden Riesenmasse der aus allen Ländern zusammengestrebten Bergarbeiter in den modernen Bergwerksstädten untergetaut. Wer auch die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter haben sich gründlich geändert. Von den alten Einrichtungen und von dem alten Geiste haben sich noch Rechte in unserer Zeit erhalten, die sich nur aus der Geschichte des Bergbaus und der Bergarbeiter erklären lassen. Diese Geschichte ist eines der wichtigsten und interessantesten Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte der Produktion, der Technik, des Kapitals, aber auch des Proletariats und der Menschheit im allgemeinen. Wer sie kennen und verstecken lernt will, der lese Hués Buch!

Bürgschaften im Reichstag 1901 vorhielt, bezeichnete er es als verhältnismäßig, daß man Strafgefangene bei landwirtschaftlichen Arbeiten besser behandeln müsse als die eigenen freien Arbeiter. Diese sind also im Osten schlechter gestellt, werden schlechter behandelt als die Strafgefangenen.

Wissen die Landarbeiter die Herrschenden weiter anklagen, ist die niedrige Behandlung durch Ausnahmegesetze. Für das Gesinde bestehen gegen 60 verschiedene Gesetzebestimmungen in Deutschland. Durch diese haben die Dienstherren alle Rechte, die Dienstboten nur Pflichten auferlegt bekommen. Die Bestimmungen dieser Gesetze können ausgelegt werden, wie man sie gerade braucht. Völlig rechtslos werden die Landarbeiter jedoch durch Polizeigesetze, die fast in allen Bundesstaaten gleich sind. Es wird mit Strafe bedroht der Nichtantritt, sowie das Verlassen des Arbeitsverhältnisses, Ungehorsam und Widerstreitigkeit gegen die Herrschaft; der Arbeiter kann polizeilich in den Dienst zurückgeführt werden.

Die ländlichen Arbeiter dürfen sich in einem Verband vereinigen; sie werden jedoch mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bedroht, wenn sie, um bessere Verhältnisse zu erlangen, sich zur Niederlegung der Arbeit verabreden.

Die staatlichen Forstarbeiter sind zwar durch dieses Gesetz nicht bedroht. Ihnen wird aber in Norddeutschland von den Regierungen bei Strafe der sozialen Entlastung die Verbandszugehörigkeit verboten.

Das Los der Landarbeiter ist also nach wie vor das denkbare schärfste. Den Mehrgevinnen, den die Jünger und Jüngeren aus den Töllen eingeholt haben, haben sie in ihre Taschen gesteckt, die Landarbeiter gingen leer aus. Das ist die Wahrheit, die durch die Nebereien von Giesbert und Genossen nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Allerdings, den Jüngern und Großgrundbesitzern haben die Tölle ungemeine Gewinne gebracht. Die Tölle haben eine unglaubliche Preissteigerung der großen Güter zur Folge gehabt. Nach in vorher Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" haben wir dafür eine Anzahl Beispiele gebracht. Innerhalb kurzer Zeit haben diese Güter durch Verkauf ihre Werte wiederholzt gewechselt. Hunderttausende sind bei diesen Gutsverkäufen verdient worden. Von den vielen wollen wir nur ein ganz besonders drastisches Beispiel anführen: Das Rittergut Neugabel in Niederschlesien wurde im Jahre 1900 von Leutnant Hörs für 350 000 Mark gekauft. Nach acht Jahren verkauft er das Gut für 651 800 Mark! Hörs hatte also die Kleinigkeit von 801 800 M. verdient. Acht Jahre später brachte ein neuer Verkauf 780 000 M. Im letzten Jahre wechselte das Rittergut zweimal seinen Besitzer. Das erste Mal wurde ein Preis von 780 000 M. ergabt, doch schon anderthalb Monate später schnellte der Kaufpreis auf 850 000 M. in die Höhe.

Während die Großgrundbesitzer diese Profite einnehmen, haben die Landarbeiter unter dem Bodenwucher schwer zu leiden. Denn der alte Besitzer verschwindet mit seinem reichen Gewinn, ohne daran zu denken, "seinen Arbeitern" auch nur einen kleinen Teil davon abzutreten; sie sind bekanntlich Gegner des "Teilens". Der neue Besitzer aber sieht gewöhnlich arg in der Klemme; er hat viel mehr zu verzinsen, wie sein Vorgänger. Die Folge davon ist, daß er auf die hohen Arbeiterlöhne schimpft, die Frauen und Kinder der Landarbeiter für einen Schindloch auszubauen sucht und nach höheren Betriebsbezügen schreit. Sodass er das Gut verkauft, beginnt wieder die alte Reihe. Auch Bollerhöhungen stopfen nur immer den derzeitigen Großgrundbesitzern etwas den Rachen. Nieber kurz oder lang verkaufen sie nur ihr Gut mit riesigen Aufschlägen und der Nachfolger schönt wieder. Die Leibtragenden sind immer die Arbeiter. Sie dürfen niemals wegen Lohnzurücklagen kommen, denn den armen Großgrundbesitzern geht es immer "schlecht".

Schön interessant ist, was der Rittergutsbesitzer und Doktor der Staatswissenschaften Huhnau in seinem Buche über "Die landwirtschaftlichen Verhältnisse Weizkreuzens" über die Praktiken bei den Gutsverkäufen schreibt. Die Aufrichtigkeit und die Ghiliekeit seiner Standesgenossen schlägt Nuhausen zunächst wie folgt:

"Auf die Angaben der Landwirte allein kann man sich nicht verlassen, da diese Angaben vielfach sehr wenig den Tatsachen entsprechen... Teilweise macht der Landwirt absichtlich falsche Angaben. Will er z. B. verkaufen, dann verändern sich die Tatsachen plötzlich alle zu seinen Gunsten; er macht aber auch schlechte Angaben, als sie der Wirklichkeit entsprechen, da er einerseits doch mit seinen Nachbarn mit höhnen muß (!) andererseits aber teilweise aus Steuerinteresse (aus Steuerhinterziehung), teilweise, um seine Wirtschaft nicht auf den Präsentiersteller zu legen."

Auf die Angaben der Landwirte allein kann man sich nicht verlassen, da diese Angaben vielfach sehr wenig den Tatsachen entsprechen... Teilweise macht der Landwirt absichtlich falsche Angaben. Will er z. B. verkaufen, dann verändern sich die Tatsachen plötzlich alle zu seinen Gunsten; er macht aber auch schlechte Angaben, als sie der Wirklichkeit entsprechen, da er einerseits doch mit seinen Nachbarn mit höhnen muß (!) andererseits aber teilweise aus Steuerinteresse (aus Steuerhinterziehung), teilweise, um seine Wirtschaft nicht auf den Präsentiersteller zu legen."

Wie es bei den Gutsverkäufen zugeht, wird dann wie folgt geschildert:

Verkauft jemand sein Gut, so verlangt er natürlich einen Preis, der sich zusammensetzt aus dem tatsächlichen Wert des Gutes zugleich seiner Schulden (und noch etwas mehr). D. Ned., die ihm der Käufer mitzahlt muss und gewöhnlich auch mitzieht, da er die vorgelegte Rentabilität glaubt, die schon so gemacht wird, daß sie jedem einen Schein von Wirklichkeit und Glaubwürdigkeit trägt. In dieser Rentabilitätsaufstellung leistet der Landwirt wirthlich hervorragendes. Man kann kommen, zu welchem Landwirt man will, alles, was mit seiner Wirtschaft zusammenhängt, ist tabelliert, rationell und lukrativ. Darüber vergibt er sogar das d. m. L. d. i. r. t. a. g. e. b. o. r. e. n. S. t. ö. h. n. e. n. Ich glaube, es gelingt vielen Landwirten, sich allmählich selbst zu belügen und sich selbst, vielleicht unbedacht (?), über den wirklichen Wert ihres Gutes zu ihren Gunsten zu täuschen. Der Käufer, der über kurz oder lang merkt, daß die Erräge doch nicht die sind, die er nach den Mitteilungen des Vorbesitzers und nach dem bezahlten Preis erwarten durfte, wird natürlich auf alle mögliche Art möglichst viel aus dem Gut herauszunehmen versuchen, und dann stellt er es wieder zum Verkauf, nachdem er bei der letzten Sachstellung noch durch erhebliche Quantitäten von künstlichem Dung den Feldern ein vielverheizendes Aussehen gegeben hat, um dem neuen Besitzer die Sache schwach zu machen. Daß diese Methode nicht gerade zur Schaltung der Landwirtschaft beiträgt, ist wohl erfordert.

Wohlgemerkt: das hat ein Rittergutsbesitzer geschrieben, also ein Mann, der seine Wappenheimer kennt.

Diese Angaben beweisen schon zur Genüge, welche Wirkungen die Agrarzölle in Wirklichkeit haben. Sie verteuren den Grund und Boden und damit die Produktion, und machen es so einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Leuten möglich, sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern.

Für unsere Kameraden wird es gewiß von Interesse sein, einmal einige der größten Nutznießer der agrarischen Wucherzölle kennen zu lernen. Wir wollen darum die Namen von 19 der "rehesten und besten der Nation" aufführen, in deren Besitz sich nicht weniger als 382 Quadratmeilen deutscher Acker-, Wiesen- und Waldböden befinden. Eine Quadratmeile umfaßt circa 22 000 Morgen Land. Rithin besitzen diese 19 Leute 8 Millionen 400 Tausend Morgen Land.

Herzog von Arenberg 55 Quadratmeilen

Fürst Pleß 26 "

Herzog von Ratibor (nebst vielen anderen Gütern)

Gütern) 18 "

Herzog von Ujest (nebst vielen anderen Gütern) 13½ "

Fürst von Sachsen-Coburg (nebst vielen anderen Gütern) 6½ "

Fürst Carola (nebst vielen anderen Gütern) 4½ "

Fürst Hohenlohe-Ingelfingen 5½ "

Fürst von Thurn und Taxis 55 "

Herzog von Braunschweig 50 "

Fürst von Fürstenberg 4½ "

Graf Reichenbach-Görlitz 4½ "

Graf Kaiserling 31 "

Herzog von Sachsen-Coburg 28 "

Graf Plaßmann 5½ "

Graf Solms 5½ "

Graf Putbus (nebst vielen anderen Gütern) 6 "

Graf Stolberg 7½ "

Graf Löwenstein 6½ "

Die beiden "Größten" aus der Liste, der Herzog von Arenberg und der Fürst von Thurn und Taxis erfreuen sich mit hin jedes eines Besitztums von 210 Tausend Morgen Acker-, Wiesen-, Wald- und Wasserflächen! Nehmen wir an daß nur die Hälfte hierunter als anbaufähige Fläche in Betracht zu ziehen ist, dann besitzt jeder dieser beiden Herren an Acker- und Wiesen soviel wie 6000 Bauern mit je 100 Morgen!

Wie von den Besitzenden geteilt wird.

Die Besitzenden verteilen das Teile zu ihrem Vorteil ganz vortrefflich. Welch regelt sich dabei die Sache so, daß der eine die Arbeit, der andere den Gewinn, der eine die Sorge, der andere das Glück des Lebens davonträgt. In welch ausgedehnter Weise diese Teile heute vor sich geht, wie sie den Tod des Mittelstandes bedeutet, darüber geben die Vermögensnachweise der großen kapitalistischen Betriebe, die preußische Steuerstatistik und das Jahrbuch der Millionäre, das der Regierungsrat Martin herausgegeben hat, einige Aufschluß. Danach sind die reichen Leute in Preußen folgende:

Frau Bertha Krupp mit	187 Mill. M.
Fürst Hendel-Donnersmarck mit	177 "
Herzog von Ujest mit	151 "
Grafen Max von Goldschmidt-Rothschild mit	107 "
Hans Heinrich Fürst von Pleß mit	84 "
Hans Ulrich Graf von Schaffgotsch mit	70 "
Franz Pauline Rothschild mit	76 "
Franz Hubert Graf Tiele-Winkel mit	74 "

Doch nicht das Vermögen dieser Herrschaften ist das Wemerens-werte, sondern die Entwicklung ihres Eigentums in der kapitalistischen Zeit. Darüber gibt die Statistik eine geradezu überraschende Auskunft. Nehmen wir das, was die Breslauer "Volkswoche" über ihre, das heißt schlesischen, Landsleute bringt, dann ergibt sich folgende Tabelle, die manchen die Augen öffnen wird:

Fürst Hendel von Donnersmarck hatte im Jahre	ein Vermögen von	Einkommen von
1897	65 Mill. M.	4 Mill. M.
1899	85 "	5 "
1902	90 "	6 "
1905	120 "	8 "
1908	177 "	12 "

Herzog von Ujest hatte im Jahre	ein Vermögen von	Einkommen von
1895	45 Mill. M.	2,7 Mill. M.
1899	54 "	3 "
1902	59 "	5 "
1905	100 "	7 "
1908	151 "	7 "

Ulrich Graf von Schaffgotsch hatte im Jahre	ein Vermögen von	Einkommen von
1898	21 Mill. M.	2½ Mill. M.
1899	48 "	2-8 "
1902	89 "	4-5 "
1905	64 "	5-6 "
1908	70 "	4-5 "

Hubert Graf Tiele-Winkel hatte im Jahre	ein Vermögen von	Einkommen von
1898	18 Mill. M.	½ Mill. M.
1899	80 "	1 "
1902	31 "	2-3 "
1905	47 "	2-3 "
1908	74 "	3-4 "

Zu 10 bis 12 Jahren nahmen also diese Vermögen um 60, 100, 110 Millionen Mark zu! Was Jahrhunderte der feudalen und vorkapitalistischen Zeit nicht anhäufen konnten, das bringen 10 bis 12 Jahre kapitalistischer Entwicklung zusammen. Wer aber will behaupten, daß Fürst Hendel v. Donnersmarck, der Herzog v. Ujest usw. diese hundert Millionen durch die Arbeit ihrer Hände, durch die Intelligenz ihres Kopfes, durch irgend einen persönlichen Verdienst erworben hätten? Ledermann weiß, daß dies nicht möglich ist und auch den Tatsachen widerspricht. Nein, die Herren haben "gekauft"! Gekauft mit den Tausenden von Arbeitern, die bei ihnen beschäftigt sind, mit den Technikern und Zeichnern, Beamten und Jugendleuten und dem Mittelstand, den sie ruinieren. Diese Magnaten legen ihre schwere Hand auf die Schultern der Eerde, erklären als ihr "Privateigentum" die Kohle und das Erdöl und das Petroleum in der Tiefe ebenso wie das Land, auf dem ungezählte Menschen wohnen. Sie haben so getanzt, daß sie dabei nicht zu kurz kamen, wenn auch andere Kinder nicht genügend ernähren können und in "Wohnungen" hausen, die für die Pfarrer des gnädigen Herrn zu schlecht waren. Während das Volk im Kreisfassen ohne frische Luft und Licht hault, stehen die Schlosser der Herren den größten Teil des Jahres leer.

Aus den Bergscheidsgerichten.

Bergscheidsgesetzgebung in Döbeln i. G. (Section VII)

vom 29. November 1911.

Gesetzen waren aus der Witte der Arbeitgeber Herr Kaufm. Direktor Herzog und Herr Obersteiger Raden aus Gersdorf und aus der Mitte der Arbeitnehmer der Hauer Emil Freitag aus Zuga und Zimmerling Hermann Kretschmar aus Gersdorf.

Zur Beratung standen drei Klagen und zwei Verfassungen, sämtlich gegen die Allgemeine Knapsack-Berufskasse für das Königreich Sachsen.

Da der Bergarbeiter Gustav Emil Selbmann in Chemnitz zur Verhandlung nicht erschienen war und seiner Klage auf Weitergewährung der Invalidenrente ein ärztliches Gutachten des Herrn Dr. Dekoh in Chemnitz entgegenstand, wurde dementsprechend entschieden.

Der Bergarbeiter Adolf Grottel in Döbeln wurde am 27. Februar 1911 insolid. Sein ärztliches Gutachten war er z. B. 50 Prozent erwerbsfähig. Da sich sein Gesundheitszustand sichtlich verschlechtert, stellte er im August 1911 den Antrag auf Gewährung des Reichsaufschusses. Dieser wurde ihm gewährt zurückwirkend vom 27. Februar 1911. In seiner Berufung erklärt er, daß er den Reichsaufschuss vom ersten Tage an seinen Erkrankungen habe wollen. Da er den Beweis seiner vollständigen Erwerbsunfähigkeit gegenüber dem ärztlichen Gutachten kaum erbringen kann, wurde seine Berufung zurückgewiesen. Es wäre wohl auch besser, wenn Leute, bei denen sich Gedächtnisschwäche oder vergleichbare bemerkbar machen, sich eines Vertreters bedienen würden.

Einen eigentlichem Standpunkt nahm der Tagarbeiter Oskar Richard Eisert aus Gersdorf ein. Nachdem er bereits eine Unfallrente von 50 Prozent der Vollrente bezog, beantragte Eisert Gewährung der Invalidenrente mit Reichsaufschuss. Das ärztliche Gutachten lautete auf Schmerzen in der Brust. Er erklärte jedoch, er sei krank und auf der Brust, er habe jedoch Schmerzen an den Seiten, im Rücken und Kopf. Auf Befragen des Herrn Vorstehenden, ob er den Arzt nicht aufmerksam darauf gemacht habe, meinte er, dieses müsse der Arzt, wenn er ihn untersuche, selbst herausfinden. Da seine Unfallrente 18 M. höher als seine Invalidenrente zu liegen kommt, wurde er vom Herrn Vorstehenden darüber aufgeklärt. Er war auch nicht zu bewegen seine Berufung zurückzuziehen. Infolgedessen wurde seine Berufung als unbegründet zurückgewiesen.

Die nächste Klagefache des Fördermannes Anton Wiesels wurde, da er verzogen und nicht aufzufinden war, ver

Zum Verlaufe standen 1910 insgesamt 21 815 840 T. im Werte von 889 258 880 Fr. oder 15,98 Fr. pro Tonne.

Im Jahre 1910 waren 40 Kofsfabriken in Tätigkeit. Alle diese Fabriken sind mit Ausnahme von zwei, in den beiden Provinzen Hennegau und Lütich gelegen. Die Anzahl der Arbeiter betrug 8181 mit 6787 Arbeitern. Von diesen wurden verbraucht 4 007 080 T., d. h. 185 280 T. mehr als im Jahre vorher; von dieser Menge waren 281 Projekte mehr als im Jahre vorher. Der gesamte Produktionswert belief sich auf 65 084 800 Fr. und der Wert pro Tonne auf 21,10 Fr.

Im Jahre 1910 zählten man 50 Kofsfabriken. Der größte Teil dieser Fabriken ist in der Provinz Hennegau belegen. Verbraucht wurden an Stahlen 2 402 840 T., die einen Wert von 48 801 800 Fr. darstellen und deren Durchschnittswert pro Tonne 18,48 Fr. betrug.

Kohlesenerzeugung der Welt seit 1800.

Die Fortschritte, welche die hauptstädlichen Kohlesenerzeugenden Länder der Welt seit 50 Jahren gemacht haben, wird in den folgenden Tabellen veranschaulicht, die eine Zusammenstellung der Kohlesenerzeugung (in Tonnen) von Jahrzehnt zu Jahrzehnt seit dem Jahre 1800 zeigen:

	1800	1870
Großbritannien	8 000 000	6 059 000
Frankreich	1 000 000	1 700 000
Verein. Staaten	800 000	1 400 000
Deutschland	700 000	1 200 000
Belgien	800 000	880 000
Außland	250 000	850 000
Oester.-Ungarn	200 000	800 000
	1000	
Großbritannien	7 800 000	14 000 000
Verein. Staaten	4 000 000	10 000 000
Deutschland	2 800 000	8 500 000
Frankreich	1 700 000	3 000 000
Belgien	700 000	2 700 000
Oester.-Ungarn	470 000	1 000 000
Außland	460 000	800 000
	1910	
Vereinigte Staaten	27 700 000	
Deutschland	14 800 000	
Großbritannien	10 200 000	
Frankreich	4 000 000	
Außland	8 000 000	
Oesterreich-Ungarn	2 100 000	
Belgien	1 800 000	

Danach ist Großbritannien innerhalb der letzten 50 Jahre von der ersten Stelle der Kohlesenerzeugenden Länder auf die dritte und Frankreich von der zweiten auf die vierte zurückgegangen. Andererseits sind die Vereinigten Staaten von der dritten auf die erste Stelle und Deutschland von der vierten auf die zweite Stelle vorgerückt.

Die Fortschritte, welche die einzelnen Nationen gemacht haben, veranschaulicht die folgende Tabelle (in 1000 Tonnen):

	1860	1910	Zunahme	Zunahme %
Vereinigte Staaten	800	27 700	26 900	3 350
Deutschland	700	14 800	14 100	2 000
Großbritannien	8 500	10 200	6 700	200
Frankreich	1 000	4 000	3 000	300
Außland	250	3 000	2 750	1 250
Oesterreich-Ungarn	200	2 100	1 900	950
Belgien	300	1 800	1 500	500
Zusammen	8 750	63 600	56 850	850

Hieraus ist zu entnehmen, daß die Vereinigten Staaten bei weitem die verhältnismäßig größten Fortschritte gemacht haben, da ihre Kohlesenerzeugung im letzten halben Jahrhundert dreifunddreißig Mal so groß geworden ist, während Deutschlands Kohlesenerzeugung nur um das zwanzigfache gestiegen ist. Großbritannien hat während der letzten 50 Jahre mit 200 Prozent die verhältnismäßig geringste Zunahme seiner Kohlesenerzeugung zu verzeichnen. Ihm folgen Frankreich mit 800 Prozent und Belgien mit 500 Prozent. Da diese drei Länder nur auf eine verhältnismäßig geringe Zunahme zurückblicken können, ist daraus zu erklären, daß deren Entwicklung vor 50 Jahren schon weiter vorangeschritten war, als in den Ländern, wo die Kohlesenerzeugung erst später aufgenommen wurde.

Als der deutschen Arbeiterbewegung.

Hinter den Kulissen der Zentrumsgewerkschaften.

Die "Frankfurter Zeitung" veröffentlicht in ihrer Morgenauflage vom 5. Dezember 1911 einen Brief des Generalsekretärs der Zentrumsgewerkschaften, Adam Steigerwald-Höhn, an den Verleger der "Kölner Volkszeitung", Herrn K. Bachem, welcher die parteipolitische und religiöse Neutralität der Zentrumsgewerkschaften trefflich beleuchtet. Der Brief, welcher vom 17. Oktober 1908 datiert ist, lautet:

Die geistige Konferenz mit Herrn Bischof Korum hat zu seinem Ergebnis geführt. Die Situation hat sich allerdings seit ihrer Konferenz wieder etwas verschoben, und zwar reimen wir uns den Zusammenhang, auf Grund von Neuheirungen in Trier und Saarbrücken, wie folgt zusammen:

Sie waren Dienstag, den 8. Oktober, in Trier. Mittwoch, den 7. und Donnerstag, den 8. Oktober, erschienen in der Dr. Krüder'schen Zeitung die bekannten Artikel, in welchen am Schluß zu Protestveranstaltungen gegen Bischofs aufgerufen wurde. Unsere Überzeugung ist, daß die Artikel von Trier aus inspiriert wurden. Damit glaubte man, Verwirrung unter unseren Mitgliedern anstreifen zu können, die bei der gegenwärtigen Vertragsorganisation den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter außerordentlich schwer geschwächt hätte. Wir veranlaßten vom 10. bis 15. Oktober im Saarrevier 51 Versammlungen mit 12 000 bis 15 000 Besuchern. Damit wurde das Gegenteil des "Berliner" Anschlages erreicht und unsere Position bedeutend befestigt. Offenbar hat diese Aktion Herrn Bischof Korum schwer geärgert, denn in der Besprechung, die 3½ Stunden dauerte, zeigte er sich weniger entgegenkommend als Ihnen gegenüber. Die Abreise der Katholizität in Bezug auf die Gewerkschaften blieb Herr Korum auch uns gegenüber nicht; dagegen sagte er nichts davon, daß die Kanzel nicht zur Anti-Gewerkschaftsagitation gebraucht werden dürfe. Die Herren Parrot, Stein und Treit, die schon lange vor der angegebenen Zeit mit großen Maßen da waren, müssen Korum schwer beschäftigt haben. Kurz, Herr Bischof Korum sagte: Solange Herr Rektor Meurer ("Saarpost") und Hüstes im Saarrevier sind, gibt es keinen Frieden.

Um übrigen ist uns im Verlaufe der Aussprache erst richtig klar geworden, welche gewaltige Gegenäffekte zwischen den sächsischen opuschristianischen Kreisen — um das angesehene Wort Modernismus nicht zu gebrauchen — und der bollmörigen, weltfreudigen Richtung im deutschen Katholizismus breite. Herr Korum ist in einer unbeschreiblichen Weise erbot, daß die von ihm vertretele Richtung in Deutschland als Schwärmerei behandelt wird und nirgends durchdringt. Er ärgert sich, daß auf den Katholikentagen die "Berliner" Resolutionen meist unter den Füßen fallen, andere aber erst völlig ungeändert zur Annahme gelangen. Gegen die "Kölner Volkszeitung" sagte er unter anderem: "Wäre ich jetzt Bischof von Trier, noch Professor in Straßburg, so würde ich einen tüchtigsten Kampf gegen die "Kölner Volkszeitung" führen." Wenn ich das Geld hätte, würde ich sofort eine eigene Zeitung gegen die "Kölner Volkszeitung" gründen haben. Es war eine Verzweiflung ohnegleichen, daß auf der letzten katholischen Katholikontag in Trier den Bischof von einem Bergarbeiter fragte: "Wie kann der Bischof den Bergarbeiter einen Beitrag leisten, was sie zu tun und zu lassen hätten? Ich mußte meine ganzen Angaben zusammennehmen, um tüchtig aufzuzeigen können. Für die Gladbach-Richtung erklärte das Kölner Bergarbeiter von 1900 gar nicht. Ebenso, wie im Mittelalter die Kirche das Christentum bekehrte, müssen auch heute die katholischen Grundsätze wieder maßgebend werden."

Als wir ihm die harten Wirtschaftsdaten auseinandersetzten, darauf hinwiesen, daß die größten Industrieländer (Vereinigte Staaten von Amerika, England und Deutschland) nur einen kleinen Teil, und zwar noch seine 20 Proz. katholische Bevölkerung aufweisen, die ganze Großindustrie fast ausschließlich von Protestantisch gelebt wurde, den gewaltigen Einfluß des Protestantismus auf das Staatsleben erwähnten, darauf hinwiesen, daß die antiklerikalen Streitungen, die von Frankreich auch auf Süddeutschland übergegangen, auch im deutschen Wirtschaftsleben in die Errscheinung treten, daß weitere Unternehmenskreise alles Christliche verachtet sei, daß viele Unternehmer lieber mit Sozialdemokraten als mit Christlichen verbündeten, die seitherige und zweitelles fünfige Entwicklung des Katholizismus hergehoben usw. usw., antwortete er kurz, das sei eben meine Überzeugung, er habe eine andere: "Sieht zuerst das Reich

Gottes und das andere wird Euch gegeben werden!" Auch seien Staat und Unternehmer stadt genug, die Sozialdemokratie zurückzuwerfen. Kurz, wir bemerkten, daß Herr Bischof Korum viel wütender ist auf "Kölner Volkszeitung", "Volksverein", Prof. Hüse, als auf die christlichen Gewerkschaften.

Ihre gute Absicht erkennen wir gerne an; hätten wir indes Herrn Bischof Korum so gut gekannt wie heute, hätten wir uns überlegt, ob wir hingehen sollten mit geistlichen Herren, die mit solchem Fanatismus die Welt in ein von unserer Aufsicht abgrundtiefe verschlechtern System hineinzutragen zu können glauben, in einer ehrlichen Verdämzung und ein halbwegs brauchbar modus vivendi einfach unmöglich.

Zum Schlusse schlägt Herr Korum zwar etwas friedlichere Töne an und meint, vielleicht liege sich später, wenn der Kampf in ein ruhigeres Stadium eingetreten sei, ein besseres Nebeneinander erzielen. Wir bemerkten aber, wie sehr fachliche Wollen des "Kölner Volkszeitung" gegen das von Herrn Korum vertretene System von ihm als hämische Verläßigung angesehen werden. Den Katholiken Deutschlands um den Kölnerverein, die "Kölner Volkszeitung" usw. wird also einstweilen kaum etwas Uriges bleiben, als Janatler eben möglichst einsatz liegen zu lassen.

Ich habe Ihnen ausführlich geschildert, weil bei Ihrer Unwissenheit in Strom Ihnen diese Orientierung nicht unverständlich sein dürfte. Über die Beziehungen im Saarrevier und den Dr. Krüdermeier'schen Brief können wir vielleicht reden, wenn Sie von Strom zurückgeführt sind.

Der Brief zeigt nicht nur, wie fanatisch sich trotz ihrer vielgepriesteten katholischen Ethik die Berliner und die Römer Mönche bestimmt, sondern er widerlegt auch auf schärfste Weise die katholische Legende von der Antiereligionalität des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften.

Über den Ton, den Steigerwald in dem Briefe gegen den Bischof anschlägt, tut die im Köln-M.-Gladbachener Fahrwasser segelnde "Saarpost" ganz entsezt. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 7. Dezember:

"Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß wir die Tonart, die in dem Briefe gegen den hochw. Herrn Bischof ausgeschlagen wird, durchaus bedauern."

Wenn ein Christengeneral selbst einem Bischof gegenüber einen solchen Ton anschlägt, läßt sich ermessen, wie diese Leute erst gegen uns loslaufen.

Steigerwald sieht ein, daß er der M.-Gladbachener mit seinem Brief einen recht schlechten Dienst erwiesen hat, denn er bringt in der "Kölner Volkszeitung" (Nr. 1040 vom 6. Dezember) folgendes Entschuldigungsgesammt:

"Die "Frankfurter Zeitung", die "Kölner Zeitung" usw. entnehmen dem Dezemberheft der "Süddeutschen Monatsschrift" einen Brief, den ich vor drei Jahren (17. Oktober 1908) an Herrn Verleger K. Bachem schrieb. Mit der Veröffentlichung des Briefes sollen offenbarlich in der Hauptfache Wahlpolitische Zwecke verfolgt werden. Der Brief, von dem ich je eine Kopie an einige absolut außerläßliche Personen geschickt hatte, ist, wie unzweckhaft erscheint, nicht durch die Erfassbarkeit zugänglich gemacht worden. Auf welchen dünsten Wegen er in die Redaktion der "Süddeutschen Monatsschrift" gelangte, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis. Nur keinen Fall könnte ich bei Abhandlung des Briefes vermuten, daß derselbe jemals in die Öffentlichkeit gelangen werde.

In dem Briefe wird das Ergebnis einer Konferenz mitgeteilt, die von Herrn K. Bachem vorbereitet war und zwischen Herrn Bischof Korum sowie den Herren Pastoren Stein und Treit einerseits und dem Herrn Abgeordneten Giesberts und mir andererseits in Trier stattfand. In der damaligen Situation war, infolge der kurz vorher stattgefundenen Bürizer Konferenz und auf Grund einer Zeuerung des Herrn Abgeordneten Giesberts in einer Hagerer Versammlung, wonach einzelne katholische Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften gearbeitet hätten, der Streit zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen an der Saar aus dem Höhepunkt seiner Schärfe angelangt. Aus dieser Situation heraus ist der Inhalt des Briefes und das Ergebnis der betreffenden Konferenz zu beurteilen.

Augwissen ist der Gewerkschaftsstreit an der Saar erfreulicherweise in ein viel ruhigeres Stadium getreten. Daß man bei streng vertraulichen Schreiben Form und Ausdruck nicht in dem Maße abwäge, wie bei den für die Öffentlichkeit bestimmten Neuerungen, daß man nicht jedes Wort auf die Goldröhre legt, braucht kaum besonders hervor zu werden. Ebenso gilt es bisher als eine Verleumdung der elementarsten Pflicht des journalistischen Anstandes, vertrauliche Neuerungen in den politischen Kampf zu ziehen. Eine solche Kampfmethode, allseitig angemahnt oder gar als einwandfrei hingestellt, müßte eine völlige Vergiftung und Verwilderung des politischen und öffentlichen Lebens bedingen.

Einzelne Wendungen in dem Schreiben sind nicht näher ausgeführt und daher vielleicht missverständlich; insbesondere was von dem Gegensatz zwischen der "schlauren opportunitäts" und der "doktrinären weltfreudigen Richtung" im deutschen Katholizismus gesagt ist. In den in Bezug auf kommenden Fragen sind nach meiner Überzeugung nicht nur taktische Verschiedenheiten, sondern auch tiefsitzende prinzipielle Gegensätze vorhanden.

Die Hauptfache finden sich in dem Brief lediglich die Streitpunkte innerhalb des katholischen Lagers Deutschlands herausgearbeitet, die ohnedem allgemein bekannt sind. Mehrere der in Frage stehenden Differenzen werden heute in weiten katholischen Kreisen anders bewertet, als es damals (vor drei Jahren) noch der Fall war. Damals herrschte über den Charakter der deutschen Zentrumspartei noch viel größere Unklarheit, wie auch der Begriff "Modernismus" noch unreflexiv war und vielfach noch in anderem Sinne als heute gebraucht wurde.

Köln, den 6. Dezember 1911. A. Steigerwald.

Allz des Brief Steigerwalds an Herrn Bachem war "nicht für die Öffentlichkeit bestimmt", daher seine ranke Öffensichtlichkeit gegen den geistlichen Herren mit solchem Fanatismus". Offiziell bedeutet man ehrfürchtvolle Gesinnung gegenüber der Gewaltlichkeit, in vertraulichen Briefen spricht man beleidigend von östlichen Herren als unbeherrschbare Fornicat. Alles das geschieht unter dem Banne für "Wahrheit, Freiheit und Recht".

Nach 15 Jahren „besieht“.

Eine rührende Träumchensgeschichte weiß der fromme Reichsbote zu erzählen. Da kommt ein seit 15 Jahren sozialdemokratisch organisierte Arbeiter zu einem tugendhaften Kameraden, der bisher noch keinen Groschen für Verbund und derartige Zwecke ausgezahlt hat und es auch nicht bereut hat, daß er alle dem fernhielt. Mit Stolz zeigt der Tugendhafte dem roten Sünden sein Häuschen, das er vor einigen Jahren für 5 000 M. gekauft hat, und er erstaunt ihm diese nationalökonomische Lehre:

Der Arbeiter braucht nur regelmäßige und dauernde Arbeit. Die Löhne steigen nur bei einer härteren Nachfrage nach Arbeitern und alle Lohnkämpfe sind nur zum Schaden der Arbeiter. In den Politik lasse er erfahrene Männer handeln, es ziehe ja doch gegen den Strom schwimmen, eine andere Gesellschaftsordnung erzwingen zu wollen. Die Arbeit auf Feld und Garten verrichte er in der Zeit, wo wir in den Bergbau einzugehen sind und dabei unter Gelb verkehren. So aber verdiente er noch solches und habe noch mehr Zeit als wir Genossen.

Diese Betonung einer ziemlich schabigen Gesinnung veranlaßt nun den roten Sünden der "Reichsboten" Legende, "in sich zu gehen" und zu berechnen, was ihm seine Zughörigkeit zur Arbeiterbewegung in den letzten 15 Jahren geflossen habe. Das sind nämlich "man höre und erstaune" nicht weniger als 4 413 M. (viertausendvierhundertdreißigtausend deutsche Reichsmark!). Der Betrag, der jüngst aufgerufen wurde, "Zahlen benötigen" — besteht in der Hauptfache aus Lohnentgängen, verursacht durch 32 Streikwochen, 18 Wochen Aussperrung, 14 Wochen Kriegszug und 80 Wochen Arbeitslosigkeit, der Mann ist also 144 Wochen, d. i. fast drei Jahre, arbeitslos gewesen — und wer ist schuld? Natürlich die Arbeiterbewegung. Streik und Hunger sind unbekannt, unter Gelb verkehren. So aber verdiente er noch solches und habe noch mehr Zeit als wir Genossen.

Die Betonung einer ziemlich schabigen Gesinnung veranlaßt nun den roten Sünden der "Reichsboten" Legende, "in sich zu gehen" und zu berechnen, was ihm seine Zughörigkeit zur Arbeiterbewegung in den letzten 15 Jahren geflossen habe. Das sind nämlich "man höre und erstaune" nicht weniger als 4 413 M. (viertausendvierhundertdreißigtausend deutsche Reichsmark!). Der Betrag, der jüngst aufgerufen wurde, "Zahlen benötigen" — besteht in der Hauptfache aus Lohnentgängen, verursacht durch 32 Streikwochen, 18 Wochen Aussperrung, 14 Wochen Kriegszug und 80 Wochen Arbeitslosigkeit, der Mann ist also 144 Wochen, d. i. fast drei Jahre, arbeitslos gewesen — und wer ist schuld? Natürlich die Arbeiterbewegung. Streik und Hunger sind unbekannt, unter Gelb verkehren. So aber verdiente er noch solches und habe noch mehr Zeit als wir Genossen.

Die Arbeiterbewegung ist von der in manchen britischen Zeitungen beschriebenen rücksichtigen Kapitalist

Arbeiterlohn und Unternehmungsgewinn im österreichischen Bergbau.

Der österreichische „Glückauf“ unterliegt gegenüber einem Regierungsbürokrat, der eine schlechte Lage der Bergwerksbesitzer konstatieren zu müssen glaubte, das finanzielle Ergebnis der Brüder Kohlenbergbaugesellschaft und kam zu folgenden Feststellungen: „Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die ausbezahlten Durchschnittslohn für den Bergarbeiter, die aus diesen Löhnen resultierende Lohnbelastung für einen Meterzentner Kohle und die erzielten Gewinne statistische Zusammensetzung ist folgende:

Jahr	Schachtdurchschnitts-Lohnbelastung	Lohnbelastung	Reingewinn	Reingewinn je eine Mille
	lohn für einen Meterzentner	Meterzentner		
1901	1188	21,25	5 640 045	44
1902	1018	10,74	4 547 268	86
1903	1033	20,12	4 555 827	32
1904	1011	19,08	4 056 021	28
1905	1010	18,80	1 000 208	28
1906	1065	18,58	4 302 700	30
1907	1180	20,28	5 102 012	88
1908	1224	21,15	5 770 812	42
1909	1180	21,18	5 086 100	42
1910	1193	20,48	6 112 597	42

Zum Revierdurchschnitt beträgt der Durchschnittslohn im Jahre 1910 1241 Kronen. Bei der Brüder Kohlenbergbaugesellschaft bleibt demnach in dem erwähnten Jahre der Durchschnittslohn um 61 Kronen hinter dem Revierdurchschnitt zurück. Im Jahre 1908 stand der Durchschnittslohn mit 1224 Kronen am höchsten. Derselbe sank im Jahre 1909 um 44 Kronen auf 1180 Kronen und stieg im Jahre 1910 wieder auf 1198 (+18) Kronen. Im lehrgenannten Jahre ist also der absolute Durchschnittslohn gegen das Vorjahr um 18 Kronen gestiegen. In Wirklichkeit ist aber der Lohn gesunken, was man aus der Tabelle über die berechnete Lohnbelastung eines Meterzentners Kohle erschen kann. Im Jahre 1909 erhält der Verband für einen geförderten Meterzentner Kohle 21,15 Heller Lohn und im Jahre 1910 nurmehr 20,43 Heller. Das ist eine Verminderung des Lohnes um 8,42 Prozent. Wenn also der Lohn des Bergarbeiters im Jahre 1910 gegen das Vorjahr dennoch um 18 Kronen gestiegen ist, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß dessen Leistung um 22 Meterzentner gestiegen ist. Sicherlich erfahren wir auch aus der Tabelle hinsichtlich der Lohnbelastung eines Meterzentners Kohle, daß die Lohnkosten im Jahre 1901 um 0,78 Heller höher waren als im Jahre 1910.

Das sind amtliche Zahlen, an denen, da sie die Bergarbeiter der Brüder Kohlenbergbaugesellschaft dem Ministerium selber geliefert haben, nichts abgezweigt werden kann. Also trotz der horrenden Leidung sind die Löhne gesunken und die Herrschaften haben immer noch den Mut, der Welt einzurufen, daß die Arbeiten die Teuerung verschuldeten, da die Produktionskosten infolge der „Schöpfung der Höhe“ verteuert wurden. Solche Behauptungen tut man nicht mehr damit ab, wenn man sie in das Reich der Fabel verweilt, sondern man muß sie brandmarken als aus dem Siegelfest erfundene Lügen. Die Geschäfte haben die Aktionäre der Brüder Kohlenbergbaugesellschaft gemacht. Im lehrgenannten Jahre wurden 4½ Millionen Kronen verteilt; über 1½ Millionen auf neu gegründeten Meierwandsen zugewiesen und 1½ Millionen auf neue Rechnung vorgetragen.“

Aus unserer französischen Bruderorganisation.

Wie wir seineszeit in der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet haben, hat der im Frühjahr d. J. in Commeny stattgefunden Kongreß der französischen Bergarbeiter beschlossen, im Laufe des Sommers in eine umfangreiche Agitation einzutreten, zwecks Erfüllung der drei Hauptforderungen der französischen Bergarbeiter: Achtfundertsechzig Minutenlohn und Invalidenpensionen. Der Kongreß nahm diesbezüglich folgende Resolution an:

„Der Kongreß beschließt, daß sich der Nationalrat in der zweiten Hälfte des Monats November d. J. versammeln soll, um die Antworten zu prüfen, welche die Regierung und die Unternehmer auf die ihnen augeteilten Forderungen ertheilt haben. Sollen diese Antworten unbefriedigend sein, so soll der Nationalrat einen außerordentlichen Kongreß einberufen; dieser soll beschließen, ob in einen Generalstreit eingetreten werden soll.“

Die Sitzung des Nationalrats hat nach einem Bericht in „La Voix du Mineur“ vom Samstag, den 2. Dezember, am 25. November in Paris stattgefunden. Es wurde beschlossen, am 12. Februar und die folgenden Tage einen außerordentlichen Kongreß der Bergarbeiter in Paris abzuhalten. Die für den Kongreß festgesetzte Tagesordnung umfaßt 20 Punkte; wovon wie die wichtigsten nachstehend wiedergegeben:

1. Die Pensionen der Bergarbeiter und Schleiferbrucharbeiter, Achtfundertsechzig Minutenlohn. Soll das Mittel des Generalstreits angewandt werden, um diese Forderungen durchzusetzen?
2. Kinderarbeit in den Gruben. Beseitigung der Pfändungsdinge.
3. Verteilung der Altkordarbeit. Beseitigung der Prämienordnung.
4. Abhaltung der nationalen und internationalen Bergarbeiterkongresse alle zwei Jahre.

Der ordentliche nationale Kongreß statutgemäß im April stattzufinden hätte, soll der außerordentliche Kongreß im Februar gleichzeitig den ordentlichen erscheinen.

In der vom Nationalrat in seiner Sitzung beschlossenen Resolution ist ausgeführt, daß die Organisationsleitungen alle Mittel versucht hätten, eine friedliche Lösung der sittlichen Fragen herbeizuführen. Alles sei aber vergeblich gewesen. Der Nationalrat erklärt daher, daß seine Tätigkeit nach dieser Richtung hin erschöpft sei und daß es dem Kongreß überlassen bleibe, zu beschließen, was weiter geschehen soll.

Internationale Metallarbeiterorganisation.

Die „Mundschau“ des internationalen Metallarbeiterbundes bringt eine Übersicht der dem Bunde angegeschlossenen Organisationen, ihrer Einnahmen und Ausgaben im letzten Jahre. Zu der Zusammensetzung sind 14 Länder und 80 Einzelorganisationen beteiligt. Von den dem Bunde angegeschlossenen Organisationen, die die gewünschten Fragen nicht beantwortet haben, fällt der größte Teil auf England. Die Mitgliederzahl der berichtenden Organisationen betrug 1909 700 568 und am Schluß des Jahres 1910: 806 172, so daß eine Steigerung von rund 100 000 Mitgliedern zu verzeichnen war. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Ländern ergibt die anschließende Zusammenstellung; wobei für England zu berücksichtigen ist, daß eine Reihe Organisationen fehlt, die 1909 nach der Beitragsleistung an den Bunde zusammen 22 300 Mitglieder hatten.

1910	1909	1910	1909		
Belgien	15 254	13 814	Niederlande	2 500	2 000
Bosnien-Herzeg.	391	237	Norwegen	8 360	7 724
Dänemark	11 830	11 615	Oesterreich	58 484	50 198
Deutschland	504 958	411 220	Schweden	26 702	33 425
England	165 132	159 160	Schweiz	22 228	23 500
Frankreich	25 342	19 640	Serbien	980	417
Italien	8 000	5 000	Ungarn	18 071	13 616

Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der gesamten Einnahmen und Ausgaben wieder, die von sämtlichen Organisationen gemacht worden sind. Daraus ist ersichtlich, daß es ganz gewaltige Summen sind, die von den Metallarbeiterorganisationen Europas aufgebracht bzw. für eine Reihe gemeinnütziger Zwecke im Interesse ihrer Mitglieder aufgewendet wurden.

Einnahmen:

Gebühr	261 030,53	Mf.
Beiträge	27 827 801,62	"
Sonstige Einnahmen	2 007 478,70	"

Zusammen 30 196 310,85 Mf.

Ausgaben:

Reiseunterstützung	568 530,38	Mf.
Utzugunterstützung	186 849,76	"
Arbeitslosenunterstützung	5 553 675,35	"
Arbeitsförderung	4 670 539,08	"
Altersunterstützung	3 440 586,01	"
Streik- und Aussperrungsunterstützung	4 007 104,33	"
Maßregelungsunterstützung	162 429,36	"
Rechtschutz	123 798,92	"
Steuerbegeld	577 413,19	"
Sonstige Unterstützungen	987 341,55	"
Sonstige Ausgaben	7 511 405,43	"

Zusammen 27 859 670,71 Mf.

Bermögen am Jahresende 27 900 154,40

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der italienische Metallarbeiterverband und die schweizerischen Uhrarbeiterorganisationen im Berichtsjahr an den Bunde noch nicht angeschlossen waren.

Knappshaftliches.

Zur Knapphaftfrage im Ruhrkohlenrevier.

Unter dieser Überschrift bringt die „Kölner Zeitung“ vom 2. Dezember einen Artikel, der zweitels aus dem Bureau des Zechenverbands kommt und offenbar die Bergarbeiter schon auf die Abschaffung ihrer Knapphaftpflicht fordert. Die Bergarbeiter vorbereitet soll. In der Hauptseite bestätigt ist der Artikel mit der Forderung der Arbeiter, die auf Grund der Metallversicherungsordnung den Hinterbliebenen der Knapphaftfamilien zu gewährnden Leistungen nicht auf die Knapphaftpflichten basierenden Leistungen aufzuteilen.

Der Verfasser sucht an Hand umfangreicher Zahlenmaterials zu beweisen, daß die Bergarbeiter und deren Angehörige im Falle der Invalidität viel besser gestellt sind, als die Arbeiter anderer Berufe und deren Angehörige. Besonders hebt er hervor, daß die Bergarbeiter schon eine Pension erhalten bei Eintritt der Invalidität, das ist, wenn sie eine die Hälfte ihrer Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, während andere Arbeiter erst eine Menge erhalten, wenn sie mindstens zwei Drittel erwerbsunfähig geworden sind. Das ist zwar richtig, aber demgegenüber muß zunächst hingewiesen werden, daß die Bergarbeiter auf ihre Pension nur durch schwere Beitragszahlungen ein Anrecht erwerben, die selben werden ihnen also nicht geschenkt. Zum anderen ist ein Vergleich mit den Arbeitern anderer Berufe in diesem Sinne nicht angängig. Da die schwere und unangenehme Bergarbeit macht den Bergmann in verhältnismäßig jungen Jahren unfähig die wesentlichen bergmännischen Arbeiten zu verrichten. Im Jahre 1910 betrug das Durchschnittsdienstalter der insidierenden Mitglieder des Allgemeinen Knapphaftvereins 20 Jahre. Jetzt ist man den Beginn der Dienstzeit vom vollendeten 16 Lebensjahren an, so folgt daraus, daß die im Jahre 1910 invalide gewordenen Bergarbeiter ein Durchschnittsalter von 36 Jahren bei ihrer Invalidisierung erreicht hatten. In diesem Alter haben die Bergarbeiter aber zumeist noch eine zahlreiche Familie zu erhalten, sie sind aber nur noch instande, leichtere und darum minder bezahlte Arbeiten entweder auf den Gruben oder sonstwo zu verrichten. Beispiele also für die Bergarbeiter die Berufsunfähigkeit nicht, dann würden die früher angeregten Bergarbeiter mit ihren Familien in eine entsetzliche Notlage geraten.

Wenn die Knapphaftpflichten dann noch Reichsinvaliden werden, die neben der Reichsrente also neben der Knapphaftrente bezahlen, so haben sie darauf ein begründetes Recht: Haben sie doch ständig zu beiden Haushaltseinrichtungen Beitrag zahlen müssen. Der Werkverleiwer in der „Kölner Zeitung“ rechnet aus, daß ein Bergmann mit gleichzeitiger Berufss- und Reichsinvalidität und 20jähriger Dienstzeit 650,80 Mf. Rente jährlich erhält, während ein Arbeiter aus anderem Berufe bei 20jähriger Dienstzeit nur 274,80 Mf. erhält. Der gute Mann macht sich das Berechnen der Renten sehr leicht oder vielmehr er hat gar nicht gerechnet, sondern einfach die Pension bzw. Renten aus dem Knapphaftstatut abgeschrieben. Er sieht demnach voran, daß die invalide Bergarbeiter ebenso viel Jahre Beitrag zur Reichsinvalidenversicherung gezahlt haben, als solche zur Knapphaftversicherung.

Wenn die Knapphaftpflichten dann noch Reichsinvaliden werden, die neben der Reichsrente also neben der Knapphaftrente bezahlen, so haben sie darauf ein begründetes Recht: Haben sie doch ständig zu beiden Haushaltseinrichtungen Beitrag zahlen müssen. Der Werkverleiwer in der „Kölner Zeitung“ rechnet aus, daß ein Bergmann mit gleichzeitiger Berufss- und Reichsinvalidität und 20jähriger Dienstzeit 650,80 Mf. Rente jährlich erhält, während ein Arbeiter aus anderem Berufe bei 20jähriger Dienstzeit nur 274,80 Mf. erhält. Der gute Mann macht sich das Berechnen der Renten sehr leicht oder vielmehr er hat gar nicht gerechnet, sondern einfach die Pension bzw. Renten aus dem Knapphaftstatut abgeschrieben. Er sieht demnach voran, daß die invalide Bergarbeiter ebenso viel Jahre Beitrag zur Reichsinvalidenversicherung gezahlt haben, als solche zur Knapphaftversicherung.

Um die Bergarbeiter zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit nach Aufnahme der Grubenarbeit diese durch langdauerndes Kranksein wieder unterbrechen.

Zum Krankenhaus zu Bardenberg wurden 1 221 Patienten an 26 454 Verlegungstage behandelt. Die Ausgaben für den Betrieb und für Ausfallzulagen haben 648,22 Mf. erfordert. Die Urfache des Invalidengeldes ist mit zurückzuführen auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen, auf die hohen Invalidengeldsätze und nicht zum geringsten Teil auf die große Zahl der jetzt neu eingezogenen Mitglieder, die die Kurze Zeit

überall rücksichtslos das Bergarbeitergeschäft verhungerten. Und als an der unverschämtesten Verhöhnung der Bergarbeiter nicht mehr zu zweifeln war, da schrieb der „Bergknappe“ vom 27. Mai 1905, wieder mit Nachdruck:

„Wer bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Legislaturperiode vernünftiges herauszutragen, ist gründlich getäuscht. Und das ist gut! Besser ist es, die volle Rücksichtnahme des konservativen Klüngels vor der Welt mit erschreckender Deutlichkeit zu sehen, als noch länger der Täuschung hinzugehen, bei diesen arbeiterfeindlichen Scharfmaßnahmen könne noch eine arbeiterfreundliche Seite angeschlagen werden.“

Wer damals behauptet hätte, einer von den „Bergknappen“ leuten würde sich zum Vertreutensmann dieser ostfälischen Agrarier, diese Helfershelfer der Grubenbesitzer ernennen lassen, der würde als ein Verleumder gebrandmarkt worden sein. Wir gestehen offen, daß auch wir damals die Entwicklung von „führenden Persönlichkeiten“ im Bergknappelager zum konservativen Klüngel bestritten haben würden. Und nun ist das Unwahrscheinliche doch Ereignis geworden:

Franz Behrens, der antisemitische Generalsekretär des Zentrumsgewerbevereins, ist als Reichstagsabgeordneter für den konservativen Klüngel in Südböhmen ausgestellt!

Dass du die Nase ins Gesicht behältst“, würde sein prächtiger Landsmann und Zunderhasser, Onkel Bräsig, ausgerufen haben, wenn ihm mitgeteilt worden wäre, daß der Sohn eines mäzenburgischen Kleinbauern — das ist Franz Behrens — die Wahlkarte gerade der Sippe vorantragen will, die an Feindschaft gegen den Fortschritt der Volksrechte nicht zu übertreffen ist. Für die konservative Partei, die 1892, 1903, 1908 und 1909, jedesmal, wenn der preußische Landtag an eine arbeiterfreundliche Reform des Berggesetzes herantreten sollte, diese Reform im Verein mit den Bechenliberalen hartnäckig verhindert und verhindert hat, für diesen konservativen Klüngel, für diese arbeiterfeindlichen Scharfmaßnahmen ist jetzt der Angestellte einer Arbeiterorganisation, Franz Behrens, Reichstagsabgeordneter!!! Es ist in Südböhmen, „Kandidat der Nechsen“, er, der Beamte einer Arbeiterorganisation, dessen Organ konstatiert hat, der konservative Klüngel, diese arbeiterfeindlichen Scharfmaßnahmen und Helfershelfer der Grubenbesitzer hätten den Bergarbeitern Steine statt Brot gegeben!

Welche soziale Gestaltung die Konservativen vorsehen, das haben sie noch bei der Reichsversicherungswahl bewiesen. Auf Rücken der Konservativen ist nämlich die Krankengeldbezugszeit der in Landeskassen versicherten Wochnerinnen von 8 auf 4 Wochen verlängert worden. Herr Abg. Becker-Sternberg (Zentrum) hat am 28. November d. J. in Essen vor Gericht zeugendlich erklärt, die Konservativen hätten gebroht, gegen die ganze Reichsversicherungsordnung zu stimmen, wenn die Wochnerinnenfürsorge nicht wie geschehen, verschlechtert würde! Und für diese herzlosen Alles- oder Nichtsposse kandidiert nun Herr Franz Behrens!

Diese Tatsache kennzeichnet auch die außerordentlich eindrückliche Anzahlung im Vorland des Zentrumsgewerbevereins. Einer seiner etlichen Beamten kandidiert heute für den konservativen Klüngel, der im Verein mit den Bechenliberalen den Bechenleuten Steine statt Brot gereicht hat. Man wird entgegnen, die politische Tätigkeit des Herrn Behrens ginge dem Gewerbeverein nichts an. Aber im „Bergknappen“ ist doch Herr Behrens lebhaft gerade wegen seiner politisch-parlamentarischen Tätigkeit als ein glanzvoller Vertreter der sozialpolitischen Ziele seines Vereins gefeiert worden. Die politischen Ziele des Herrn Behrens sind höchstens politischer Natur, das beweist seine Kandidatur für die konservativen Feinde jedes wirtschaftlichen Volksrechts. Während 1905 der „Bergknappen“ die Anwendung der „schärfsten“ zu Gebote stehenden Mittel zur Bekämpfung des konservativen Klüngels und dem ebenso arbeiterfeindlichen Bechenliberalismus in Aussicht stellte, sieht der „Bergknappe“ heute seine vornehmste Aufgabe darin, Stimmung für die konservativ-bechenliberalen Pläne zu machen, die Angehörige der sozialdemokratischen Partei, die 1905 die kämpfenden Bergleute mit vielen Hunderttausenden Mark unterstützte hat, herunterzureihen. Da ist es kein Wunder, daß seitdem im „Bergknappen“ diese Wandlung zu den Konservativen hin überhüllt eingetreten ist, die „Bergknappen“ leute Niederlage auf Niederlage erleben. Sicherheitsmaßnahmen, Knappfälschungen, Berggewerbeberichtswahlen, alles schwere Niederlagen für die Mächtigen. Unter der glanzvollen Führung der konservativ gerichteten Herren Behrens und Genossen ist der Zentrumsgewerbeverein aus einer Position nach der anderen geworfen worden. Viele Mitglieder folgen der konservativ-bechenliberalen Partei nicht; sie machen die Schwächung zum konservativen Klüngel nicht mit; sie wollen den Karren vorwärts, nicht rückwärts geschoben wissen. Von 190 Berggewerbeberichtswählern erhielt unser Verband 182, der Zentrumsgewerbeverein nur noch 32, nur ein paar mehr als die Polen. Im Kästenskollegium ist der Zentrumsgewerbeverein auch völlig bedeutungslos geworden. Man hat Brot als „unfähig“ gekürzt, seine Nachfolger — lange mögen sie uns erhalten bleiben — führen den Zentrumsgewerbeverein erst recht von einer Niederlage zur anderen dem konservativen Klüngel zu.

Die Bechenherren gegen den Steigerverband.

Die Bechenherren, die bekanntlich selbst dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge drücken, verfahren mit ihren Beamten und Arbeitern selbstverständlich noch weit unglimpflicher. Jede selbstständige Regelung, ob sie von Beamten oder Arbeitern ausgeht, ist ihnen ein Greuel und wird mit Gewalt unterdrückt. In letzter Zeit haben sie besonders dem Steigerverband den Krieg erklärt und sie führen den Kampf mit den bei ihnen nun einmal üblichen Gewaltmitteln. Vogel, frisch oder stirb! — heißt es da einfach. Wer sich nicht fügt, fliegt! Ganz besonders tun sich in der Maßregelung von Steigern die Verstümmelungen der Stinneschen Bechen (Deutsch-Lugenburg) herau.

Auf irgend eine Weise haben die Verwaltungen Kenntnis davon erhalten, welche von den Steigern der Stinneschen Bechen dem Steigerverband angehören. Die erste Maßregel war, daß den Steigern eine Ausstrittserklärung vorgelegt wurde, die sie unterschreiben mußten und die dann per Einschreibebrief der Leitung des Steigerverbandes eingesandt wurde. Eine Weigerung wäre gleichbedeutend gewesen mit sofortiger Entlassung und ein entlassener Steiger ist in ganz Deutschland verloren. Aber mit der erzwungenen Ausstrittserklärung war es noch nicht genug. Die betreffenden Steiger erhielten nach einiger Zeit von der Direktion der Stinneschen Bechen noch folgendes Schreiben:

„Herrn Steiger...

Wie wir festgestellt haben, sind Sie bis kurzem Mitglied des Steigerverbandes gewesen, obgleich Ihnen vom Betriebsführer schon vor langerer Zeit bekannt gegeben war, daß wir dies mit einem Verbleiben als Beamter in unseren Diensten für unvereinbar halten. Sie haben demnach unser Vertrauen schwer geläufig und werden dafür in den Monaten Oktober, November und Dezember keine Prämie und zu Weihnachten nur die halbe Gratifikation erhalten.

Die Direktion: Knappe, Knepper.“

Die angebliche Bekanntmachung des Betriebsführers ist, wie die Steigerbehaupten, nicht erfolgt. Die erste Verwarnung war verbunden mit der erzwungenen Ausstrittserklärung. Der Schaden, den den Steigern durch Entziehung der Prämie aber zugefügt wird, beträgt etwa 300 Mark. Natürlich erfolgt daraus wieder Schärfung und steigere Wirtschaftsmaßnahmen. Und das geschieht von Leuten, die behaupten, gegen den Territorialismus der Arbeit müßten Maßnahmen gezeigt werden. Vielleicht wird es möglich sein, Herrn Direktor Knappe vor dem ganzen Lande zur Verantwortung zu ziehen. Denn dieser Herr ist Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, erst jüngst gewählt in Witten in der Erftwahl für den verstorbenen Abgeordneten Haarmann. Gedankt wird man den Knappechen Was den Scharfmaßnahmen noch dort unter die Nase reiben können. Der andere, Direktor Knepper, ist der weitesten Öffentlichkeit ja auch kein Unbekannter. Er war es, dessen Maßnahmen im Jahre 1904 zum Streit zwischen Bechen-Büchitztal führten, der zum Signal wurde für den Riesenkampf im Januar 1905.

Unterstützungskasse der Zeche Graf Moltke I, II, III, IV.

In Nr. 47 des „Bergknappen“ ist unter „Graf Moltke I/II“ über den Stand der Unterstützungskasse berichtet und hergehoben, daß nur ein Ueberschuss von 112,21 M. erzielt wurde, woraus zu erschließen sei, daß der „christliche“ Arbeiteraustausch kräftig für die Bedürftigen gesorgt habe. Dagegen hätten die Genossen auf Graf Moltke III/IV, die immer das große Wort führten, einen Ueberschuss von 18.718,18 M. erzielt; dort könnten die Genossen schlecht regnen und hätten besser getan, den krankenenden Mitgliedern, Witwen und Invaliden einen großen Teil zuzumuten zu lassen usw.

Auch, mit gewahren, um den Kameraden nichts vorzuwerken, gern den Einblick in das Unterstützungsstellen und lassen darum beide Jahresabschlüsse von Graf Moltke I/II und III/IV folgen:

N o v e m b e r 1904. Graf Moltke I/II: Bestand am 1. Oktober 1910: 40.610,18 M.; Einnahme 1910/11: Strafzettel für unreine Kohlen und Mindermasch 8.509,60 M.; sonstige Strafen 4.621,69 M.; Ueberschuss an Pfennigen 1.244,82 M.; Lohnrückstände 668,70 M.; an Spenden 1.049,80 M.; Summa 90.850,28 M. An Unterstützungen ausbezahlt 10.800,— M., zurückgezahlt 2.— M., Bestand am 1. Oktober 1911: 49.628,28 M. Pro Kopf der Belegschaft 29,97 M.

Auf Graf Moltke III/IV wurde dennoch mehr Unterstützung ausbezahlt als auf Graf Moltke I/II und es ist ein Zufall, daß am Jahresende hier nur ein Mehr von 112,21 M. zu verzeichnen ist. Über, ihr lieben Zentrumskräften, habt ihr einen Einblick über die Strafen im Monat oder am Jahresabschluß? Oder ist euch eine Erklärung wünschbar worden? Welche Einwirkung habt ihr auf die Strafen? Meine! Nur was am schwarzen Brett steht, wird bekannt, danach läßt sich provisorisch die Zusammensetzung der Strafen machen. Nach der provisorischen Zusammensetzung haben unsere Kameraden, soweit es möglich war, den Anträgen der Mitglieder Rechnung getragen. Die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach Gunst und Gabe wird nicht geurteilt, sondern jeder hat Beweismaterial zu erbringen, ohne Ansicht der Person.

Sind Berggewerbeberichtsvorschlagende Augenbewacher?

Am 28. November nahm die Belegschaft der Zeche ver. Karolinenblüte in einer gut besuchten Versammlung Stellung zur Berggewerbeberichtswahl. Außer den Belegschaftsmitgliedern waren auch sämtliche Revierleiter inkl. Fahrleiter anwesend. Schon bei der Versammlung machten sich die Herren dadurch bemerkbar, daß sie den Fahrleiter nicht bei der Versammlung der Kameraden verhindern wollten, daß sie die Kameraden erhalten auch nicht mehr, nur 12 M. pro Monat, wie im Monat 1910, auch nicht 15, 20, 25 M., sondern seit Juli wird jedem krankenenden Mitglied, der Ernährer der Familie ist, 20 M. pro Monat gewährt. Bei ärztlicher Bescheinigung, Entbindungen 10 bis 15 M., bei Sterbefällen für Kinder 15 M., Sterbegeld für ein Mitglied 80 M., dessen Ehefrau 40 M., für Operationen oder im Krankenhaus unterbrochene Frauen oder Familienangehörige ein Fünftel der Kostenrechnung; sogar bei hohen Auslagen für Medikamente wurde eine einzige Kartei aufbewahrt. Nach

